

Mit Geist gegen Scheunen

Autor(en): **Fuchs, Hanns**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design**

Band (Jahr): **21 (2008)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-123416>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mit Geist gegen Scheunen

Text: Hanns Fuchs

Visualisierung: Miller Maranta Architekten

Die Regionalpolitik der Schweiz wird umgekrempelt. Seit dem 1. Januar 2008 wirkt die Neue Regionalpolitik NRP. Das neue Gesetz für die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik für den «ländlichen Raum» ersetzt ein Set von Förderungsinstrumenten, das seit über 30 Jahren seinen Dienst tat. Die NRP setzt auf Ideenreichtum statt auf einzelne Projekte.



Die Neue Regionalpolitik NRP bringt einen Paradigmenwechsel: Es geht nicht mehr um Mehrzweckhallen und Kläranlagen, die die Landschaft abdecken, sondern um Ideenreichtum und Unternehmergeist. Damit teilen Bund und Kantone auch in der Regionalentwicklung – wie in anderen Bereichen – ihre Aufgaben neu auf. Die Regionalpolitik soll es den Regionen ausserhalb der grossen Zentren ermöglichen, ihre Stärken in eigener Verantwortung und Zuständigkeit zu entfalten – und zu vermarkten. Im Zweckartikel des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik heisst es: Die NRP soll «die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Regionen stärken und deren Wertschöpfung erhöhen und so zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Regionen (...) beitragen.»

Damit hat die NRP eine klar wirtschaftspolitische Zielsetzung. Zuständig ist beim Bund denn auch das Staatssekretariat für Wirtschaft seco im Volkswirtschaftsdepartement EVD. Der Bund will sich aber ausdrücklich aus der operativen Umsetzung der NRP heraushalten. Lediglich die Förderschwerpunkte für die Regionalpolitik legt er in einem Achtjahresprogramm fest. Massiv aufgewertet wird dafür die Rolle der Kantone. Sie müssen jene Vorhaben bestimmen, die Förderung verdienen, und mit dem Bund ein Programm vereinbaren. Entscheidend sind die Akteure vor Ort – Gemeindeverbände, Private, öffentlich-private Trägerschaften. Am 1. Januar hat nun die erste Umsetzungsphase der NRP begonnen mit dem «Mehrjahresprogramm 2008–2015» – es ist der «Test am lebenden Objekt» dafür, ob die NRP-Theorie und ihre Instrumente taugen.

Noch wenig Konkretes

Wer nun erwartet, es sei schon Konkretes im Gang – Projekte im Tourismus, im Landschaftsschutz, in der Kultur zum Beispiel –, der wird enttäuscht. Die Konturen der NRP in der Praxis sind erst zu erahnen. Die NRP setzt strukturell an, weniger an konkreten Objekt – im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin, dem Investitionshilfegesetz IHG, das unter anderem direkt den Bau von Infrastruktur förderte. Für die Schwerpunkte der direkten Förderung heisst die Vorgabe des Bundes «in erster Priorität (...) exportorientierte, industrielle Wertschöpfungssysteme und (...) Unterstützung des Strukturwandels im Tourismus». Veranschaulichen lässt sich das nur anhand der nächsten Stufe, der kantonalen Umsetzungsprogramme. Bis Ende 2007 haben die Kantone diese mit dem Bund ausgehandelt. «Ein Gesamtbild gibt es noch nicht», erklärte Rudolf Schiess, in der seco-Direktion für Standortförderung zuständig für Regional- und Raumordnungspolitik. «Die Kantone haben unterschiedliche Programme eingereicht.»

Das liegt in der Natur der NRP. Es ist eben nicht mehr der Bund, der im ländlichen Raum agiert, sondern es sind die Kantone und die regionalen Akteure. «Die Kantone haben einen hohen Stellenwert in der neuen Regionalpolitik», stellt Thomas Egger fest, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB und ein profunder Kenner der Materie. Für Egger ist die NRP deutlich besser als die frühere Praxis: «Die Kantone sind wesentlich näher am Geschehen. Als Bewilligungsinstanz für Fördergesuche verantworten sie nun die Politik mit.» Doch diese starke Stellung der Kantone in der NRP birgt nach Eggers Einschätzung auch Risiken: «Sie kann

Ein Projekt, das die Anforderungen der Neuen Regionalpolitik erfüllen könnte: Der Umbau des Gotthardhospizes in ein Hotel.

zu einer noch stärkeren Segmentierung unter den Kantonen führen.» Die ersten ihm bekannten kantonalen Umsetzungsprogramme zeigten grosse Unterschiede, erklärt Egger. Differenzen gebe es auch darin, ob und wie die Kantone die NRP-Umsetzung mit strukturellen Reformen verknüpfen. Einige haben inzwischen ihre finanziellen Ausgleichsinstrumente neu sortiert und Gemeindereformen in Angriff genommen. Andere liessen die innerkantonalen Strukturen unangetastet.

Funktionale Räume statt Grenzen

Zu den interessanten bis jetzt bekannten Umsetzungsvorhaben gehört das Projekt «San Gottardo» (bis November 2007 Projekt Raum- und Regionalentwicklung Gotthard «Prego»). Die Kantone Graubünden, Tessin, Wallis und Uri reichten es gemeinsam ein. In die Tiefe des Gotthardmassivs reichen seine Wurzeln – zu NEAT und Porta Alpina. Die Idee einer Schnellbahn-Haltestelle 800 Meter tief unter Sedrun, im Gneis des Tavetscher Zwischenmassivs, beflügelte die Fantasie der Projektentwickler in der Gotthard-Region. Gleichzeitig trieb auf der anderen Seite des Oberalp der ägyptische Investor Samih Sawiris zielstrebig sein Tourismus-Resort voran – kurz: Aufbruchstimmung am Gotthard. In einem «Memorandum of Understanding» dokumentierten die vier Anrainer-Kantone Uri, Graubünden, Tessin und Wallis im Sommer 2006 «den Willen zu einer koordinierten und abgestimmten räumlichen und wirtschaftlichen Entwicklung» am Gotthard. Planerische Vorarbeiten und Studien zur Regionalentwicklung zeigen für alle vier Regionen – Kanton Uri, Surselva GR, Tre Valli TI, Goms VS – das gleiche Bild: Bevölkerungsschwund,

starker Rückgang der Beschäftigung, kritische Einschätzung der Zukunftsaussichten. «Wenn sich nichts ändert, ändert sich viel», so ist ein Kapitel im Schlussbericht («Prego») überschrieben. Doch inzwischen hat sich schon einiges geändert am Gotthard – vor allem in den Köpfen. «Wir haben unsere Optik verändert», sagt Emil Kälin, Leiter des Steuerungsausschusses und Sekretär der Volkswirtschaftsdirektion Uri. «Statt wie früher talauswärts Richtung Zentren zu äugen, orientieren wir uns jetzt taleinwärts, zu den Pässen und über die Berge.» Dort entdecken die Gotthard-Menschen die Stärken, die in den Reservoiren der inneralpinen Region schlummern: Landschaft, Stein, Wasser. Das wachsende Selbstbewusstsein im Gotthardraum liess sich auch nicht mehr erschüttern, als Bund und SBB im vergangenen Sommer die Porta Alpina bergab schickten und die Idee von den Traktandenlisten verschwand. «Unsere Entwicklungsperspektiven sind nicht existenziell abhängig von der Porta Alpina», sagt Emil Kälin. «Sie war ein Leuchtturm-Projekt, das wir verloren haben, und das ist natürlich schade.» Das andere Leuchtturm-Projekt in der Region, das Tourismus-Resort in Andermatt, treiben die Beteiligten in atemraubendem Tempo voran. Und schon melden sich neue Anwärter – ein Tessiner Konsortium arbeitet an der Idee des grössten Windparks der Schweiz auf dem Gotthard-Pass.

Was ist exemplarisch an «San Gottardo», diesem frühen Beispiel für ein NRP-Umsetzungsprogramm? Die Beteiligten denken nicht mehr in kantonalen Grenzen, sondern in «funktionalen Räumen». Also ist es genau so, wie es die Konstrukteure der NRP im Sinn hatten, als sie die Regionalpolitik neu zu buchstabieren begannen. •

Der lange Weg vom IHG zur NRP

 --> 1974: Das Investitionshilfegesetz IHG will den Nachholbedarf bei Infrastrukturanlagen im Berggebiet und ländlichen Raum decken. Das Gesetz wird 1998 total revidiert. 1222 Gemeinden in 54 «IHG-Regionen» erhalten Fördermittel für den Auf- und Ausbau der Basis-Infrastruktur (z. B. Mehrzweckhallen, Seilbahnen, Sportanlagen); rund 8000 Projekte erhielten rund 3 Mrd. Franken aus dem IHG-Fonds (zinslos rückzahlbare Darlehen).

--> 1976: Das Gesetz über Bürgschaftsgewährung BGB soll KMUs im Berggebiet mit Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen unterstützen. Der Mitteleinsatz pro Jahr sind ca. 12 Mio. und 0,5 Mio. Franken Zinskostenbeiträge.

--> 1978: Mit dem Bundesbeschluss über wirtschaftliche Erneuerungsgebiete BWE («Bonny-Beschluss») können Gemeinden im Berggebiet und im ländlichen Raum ihre Position im Standortwettbewerb für private Unternehmen mit Steuererleichterungen verbessern. Die NRP übernimmt den BWE, reduziert das Anwendungsbereich ab 2008 aber stark.

--> 1997: Regio plus soll den ländlichen Raum unterstützen, den Strukturwandel zu bewältigen. Anwendungsgebiet ist die ganze Schweiz ausser den Grossagglomerationen. Pro Jahr werden rund 7 Mio. Franken als à-fonds-perdu-Beiträge eingesetzt. Regio plus ist der direkte Vorläufer der Neuen Regionalpolitik NRP.

--> Seit 2000: Die Schweiz beteiligt sich mit rund 40 Mio. Franken an den europäischen Zusammenarbeiten von Interreg III. Mit der wirtschaftsorientierten Zielsetzung der Neuen Regionalpolitik NRP entfällt die Bundesförderung u.a. für kulturelle Inhalte der Interregprojekte.

--> 2006: Das Bundesgesetz über die Neue Regionalpolitik tritt in Kraft. Das NRP-Förderpaket fasst die früheren Förderinstrumente mit Ausnahme des «Bonny-Beschlusses» zusammen. Die Hauptverantwortung für Förderprogramme haben die Kantone.

--> 2008: Das erste Umsetzungsprogramm (bis 2013) zur NRP tritt in Kraft. In erster Priorität sollen Projekte gefördert werden, «die auf exportorientierte, industrielle Wertschöpfungssysteme», aber auch auf den nötigen Strukturwandel im Tourismus hinwirken.

Die Schweiz – ein Entwicklungsland

 Mit der neuen Regionalpolitik NRP will der Bund die «Standortvoraussetzungen für ländliche Regionen» verbessern. In den Genuss der Fördermittel kommen 80 Prozent des schweizerischen Territoriums. Das Gebiet der NRP steht in der Verordnung über die Regionalpolitik VRP. Ausnahmen sind Agglomerationsgemeinden. Die bisherigen regionalpolitischen Förderinstrumente erfassten knapp 70 Prozent. Im Rahmen konkreter NRP-Programme können aber auch Teile der Grossagglomerationen von den Fördermitteln profitieren.

Auch die «wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete» definiert die NRP anders. Sie können Steuererleichterungen als Instrument der Standortförderung einsetzen («Bonny-Beschluss» von 1978/1995). Die Bonny-Landkarte verzeichnet neu 30 der 106 Wirtschaftsregionen mit rund 10 Prozent der Schweizer Bevölkerung (bisher rund 20 Prozent). Aus der Bonny-Karte fallen mit der NRP die Kantone Appenzell-Innerrhoden, Fribourg, Obwalden, Schaffhausen, Thurgau und Waadt. Den Verzicht auf diesen Vorteil erleichtert der Bund mit einer Übergangslösung bis ins Jahr 2010.